

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 5

Köln, den 3. Februar 1933

34. Jahrg.

Wirtschaftsführung?

Die Forderung der Bergarbeiter, die besonders wirksam Heinrich Imbusch, der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, vertritt: den Bergbau zu verstaatlichen, kommt nicht von ungefähr. Das rücksichtslose Vorgehen der Montanindustriellen bei der Stilllegung der Randzechen im rheinisch-westfälischen Bergbauggebiet hat vor einigen Jahren sehr lebhaft Erörterungen in der Öffentlichkeit zur Folge gehabt. Trotzdem haben die Bergbaugewaltigen ihre Pläne, unbekümmert um das Schicksal tausender Arbeiterfamilien, durchgeführt und damit auch viele Gemeinden in größte Schwierigkeiten versetzt. Privates Gewinnstreben und krasser Eigennutz waren die Triebfedern dieses für die Gesamtheit nachteiligen Vorgehens.

Neuerdings macht die Stilllegung der Zeche „Sachsen“ viel von sich reden. Auch hier handelt es sich um Absichten, die mit wohlverstandenen Gemeininteressen nicht in Einklang zu bringen sind. Weil die Besitzer der Meinung sind, daß die auf die genannte Zeche entfallende Förderungsquote an anderer Stelle günstiger, d. h. rentabler ausgewertet werden könnte, darum wird eine ganz modern ausgebaute Zechenanlage abgebrochen. „Sachsen“ verfügt über 15 km Bahngelände, über die größte Kohlenwäsche Europas, die stündlich zweimal zweihundert Tonnen Kohle verarbeitet, und besitzt eine Kokerei, die 70 Großkammeröfen und einen als technisches Wunderwerk bezeichneten Kokslochturm umfaßt. Das alles wird durch die Stilllegung wertlos, im besten Falle Schrott, und Millionen Reichsmark sind nutzlos vertan.

Was aus den Menschen wird, die hier ihre Existenz fanden, kümmert die nur um den eigenen Profit besorgten Geldsackinteressenten nicht. Entschuldigend behaupten sie, daß Steinhaltigkeit der Kohle und in wenigen Jahren eintretende Fördereschwierigkeiten zu bestimmten Entscheidungen zwingen würden. Das hätte man bei

den Überlegungen vor Errichtung der Zeche berücksichtigen müssen, und es mutet seltsam an, daß die Öffentlichkeit erst jetzt davon erfährt.

Im Preussischen Landtag wurde im Hinblick auf diese Vorgänge ein Untersuchungsausschuß gefordert, der folgende Fragen untersuchen und Feststellungen treffen soll:

1. welche Zechen seit 1925 stillgelegt worden sind, aus welchen Gründen diese Stilllegungen erfolgt sind und wieviel Arbeiter und Angestellte durch diese Stilllegungen zur Entlassung gekommen sind;
2. wie sich die stillgelegten Betriebe auf staatliche und private Unternehmungen verteilen und wie hoch die Zahl der entlassenen Belegschaftsmitglieder bei den jeweils stillgelegten Zechen und Nebenbetrieben gewesen ist;
3. welche Zechen durch Quotenübertragung, Betriebskonzentration oder sonstige Maßnahmen stillgelegt worden sind;
4. welche Gemeinden von der Stilllegung hauptsächlich betroffen worden sind, in welchem Maße dies geschehen ist, insbesondere wie hoch der Prozentsatz der Bevölkerung ist, welcher infolge der Zechenstilllegungen in den einzelnen Gemeinden aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden muß.

Eine Beschleunigung dieser Untersuchungen erscheint dringend erwünscht. Erwägen soll man aber dabei auch, ob nicht in solchen Fällen der Staat im Wege des Enteignungsverfahrens die Verfügungsgewalt über derartig erhebliche volkswirtschaftliche Werte den Privatbesitzern entziehen und solche Betriebe in eigener Regie fortführen kann. Der Staat ist nicht nur zum Schutze der Privatinteressen einer kleinen, aber sehr einflußreichen Schicht da.

Wirtschaftsführer und Wirtschaft von Format.

Leute, die es wissen könnten, haben keine allzu hohe Meinung von den Führerqualitäten sogenannter Wirtschaftsführer. In vertrauten Kreisen hört man, es sei um diese Qualitäten oft „trostlos“ bestellt. Das schließt nicht aus, daß sich die „Führer“ nach wie vor fühlen und ihren „Führermut“ auch nach außen hin bekunden. Da kann man nichts machen, und jeder blamiert sich, so gut er kann.

Die alte Walze, daß die Gewerkschaften die Schuld an der Wirtschaftskrise treffe, ist so abgeleiert und so oft widerlegt, daß man glauben sollte, auch die „kleinsten“ Wirtschaftsführer würden es verschmähen, sie wieder hervorzuheben. Aber helfe, was helfen mag! Wenn andere zugkräftige Artikel nicht am Lager sind, die eigne Schuld abzuschwächen, dann verschmähen auch die „Großen der Wirtschaft“ nicht, auf dieses Museumsstück zurückzugreifen.

Koßberg, allmächtiger Generaldirektor des Wintershall-Konzerns, erleichtert sein Herz in der Bergwerkszeitung vom 7. Januar. Er kritisiert den Gerecke-Plan in Grund und Boden und fordert zur Gesundung der Wirtschaft — ein einfaches Rezept — die Verbilligung der deutschen Produktion durch eine Kürzung der Einkommen aller Staatsbürger um nur — 40%.

„Die gesamte deutsche Wirtschaft muß sofort von allen Fesseln befreit werden. Jeder, sowohl Arbeiter wie Angestellter und Unternehmer, soll sich sein Brot dort suchen, wo er es am besten findet (!) ... Jedem Menschen durch die soziale Gesetzgebung ein Mindest-

einkommen garantieren zu wollen, das war eben der größte Fehler, der je gemacht worden ist.“

So der Herr Koßberg. Es mag ja sein, daß Generaldirektoren und noch einige andere Leute eine Einkommenskürzung in dem vorgeschlagenen Ausmaß gut vertragen können. Die Wirkung einer solchen Maßnahme bei den Arbeitnehmern würden so kraß und so schnell zutage treten, daß ihren Urhebern bald Hören und Sehen vergehen dürfte. Im übrigen dürften gewisse Generaldirektoren die Befreiung der Wirtschaft in ihrem Sinne so bald nicht erleben und die Verwirklichung der Forderung, daß jeder Unternehmer Angestellter oder Arbeiter sein Brot dort suchen soll, wo er es am besten findet, könnte vielleicht erstmalig durch einen Export von Generaldirektoren, an denen wir in Deutschland einigen Überfluß haben, in die Wege geleitet werden. Die Bestimmungsländer würden sich sicher im Hinblick auf die Ereignisse der letzten Jahre — angefangen vom Favag-Skandal bis zum Fall Schäfer in Düsseldorf — außerordentlich freuen.

Die Einstellung deutscher Wirtschaftsführer ist tatsächlich oft „trostlos“. Die Bergwerkszeitung, für die „Führung“ geschrieben, untertreibt das alles noch und nennt solche Ausführungen „Mut“. Daß solcher Mut neue Schwierigkeiten, neue Spannungen, neuen Radikalismus zeitigt, sieht sie nicht an. Daß es in anderen Ländern, wo es ein sogenanntes „System“ nicht gibt, auch Krisenwirkungen

gibt, oft größer als in Deutschland, gilt bei solcher Wirtschaftsführung nichts. Ein Blick über den großen Teich, nach Amerika, müßte eigentlich genügen.

Ja, Amerika! Das Land der „freiesten“ Wirtschaft, ohne „soziale Belastung“, ohne „garantierte Mindesteinkommen“, ohne „System“, hat große Sorgen. Vor längerer Zeit ging eine Meldung durch die Presse, daß der amerikanische Präsident 500 namhafte Wirtschaftsführer berufen habe, um mit ihnen Maßnahmen gegen die Krise und ihre Folgen zu erwägen und zu prüfen. Ein Bericht über das Ergebnis dieser Beratungen ist kürzlich erschienen und wird in der amerikanischen Presse besprochen. Stellt man die Kernpunkte der in diesem Bericht enthaltenen Vorschläge zur Krisenbekämpfung zusammen, dann könnte man glauben, die Amerikaner beabsichtigten deutsche „Experimente“ nachzuahmen. Da sind nämlich folgende Vorschläge zu finden:

Eingriff des Staates in Wirtschaft und Sozialpolitik;
Bessere Einkommensverteilung — besonders durch kräftige Besteuerung des Reichtums;

Steigerung der Kaufkraft der Massen;

Einführung des Sechstuentages und der Fünftagewoche;

Bildung eines leistungsfähigen Fonds zur Arbeitslosenunterstützung;
Verstaatlichung der gemeinnützigen Betriebe — eventuell auch des Kohlenbergbaues.

Ist das nun ein Schritt mit beiden Beinen zugleich in den — um im Jargon unserer Wirtschaftsführer zu reden — „Wohlfahrtsstaat“ oder was sonst? Englische Blätter sprechen von „Maßnahmen“ zur Verhütung der Revolution“, es scheint, daß gewisse Kreise bei uns kein Interesse an der Verhütung gewaltsamer Explosionen haben. Sie täten besser daran, statt die Gewerkschaften und deren Führer herunterzureißen, für Ordnung im eignen Haus zu sorgen und den Glauben aufzugeben, die deutsche Arbeiterschaft kapituliere vor einigen geschwollenen Redewendungen. Zu tiefe Einblicke hat sie tun können in die so sehr gepriesene „freie Wirtschaftsführung“ und daraus die einzig richtige Schlußfolgerung gezogen: Für die Gewerkschaften — durch sie zur Freiheit und wirtschaftlichen Neuordnung!

Fürsorgepflicht trotz eigener Notlage.

Unser jugendlicher Kollege A. in der Zahlstelle W. wurde vom Bezirksfürsorgeverband aufgefordert, zum Unterhalte seiner hilfsbedürftigen Großmutter, die sich in Krankenhauspflge befand, einen monatlich im voraus zahlbaren Unterstützungsbeitrag zu leisten, da die Kosten der Krankenhauspflge aus der der Frau gehörigen Rente nicht voll gedeckt würden.

Der Kollege wies darauf hin, daß er bereits zum Unterhalte seiner Eltern und Geschwister herangezogen würde und daher nicht in der Lage sei, dem Verlangen des Bezirksfürsorgeverbandes zu entsprechen. In seinem elterlichen Haushalte sei er der alleinige Verdienner, er habe noch einen arbeitslosen Bruder, und seinem seit langer Zeit arbeitslosen Vater sei die Krisenunterstützung mit der Begründung abgelehnt worden, daß sein Sohn (unser Kollege) zum Unterhalte verpflichtet sei. Wenn er also schon für eine sköppige Familie aufkomme, so sei er nicht imstande überdies auch noch seine Großmutter zu unterstützen. Mit dieser Erklärung gab sich der Bezirksfürsorgeverband nicht zufrieden, sondern beantragte beim Kreis-Ausschuß, unseren Kollegen resolutorisch zu verpflichten, einen Unterstützungsbeitrag zu leisten.

Der Kreis-Ausschuß in L. prüfte nun die Lebens- und Einkommensverhältnisse der Angehörigen der hilfsbedürftigen Großmutter und stellte fest, daß diese fast alle in dürftigen Verhältnissen leben. „Ein Sohn, der Zollbeamter ist und ein Nettoeinkommen von 216 RM monatlich hat, sei nicht in der Lage, seine Mutter zu unterstützen“, so heißt es wörtlich in den Entscheidungsgründen, „denn er habe für eine 6köppige Familie zu sorgen“.

Diese zarte Rücksichtnahme für den Zollbeamten wollte der Karitasausschuß aber nicht auf unseren Kollegen ausgedehnt wissen. Trotzdem letzterer nur ein Bruttoeinkommen von 102,— RM im Monat hat und damit 5 Personen leben müssen, entschied der Kreis-Ausschuß, daß der Enkel für die Großmutter zahlen müsse. Welche Überlegungen ihn dabei geleitet haben, ist nicht bekanntgeworden, lassen sich aber leicht vermuten. In vielen Fällen wird ja heute die

Meinung vertreten, daß der Arme noch etwas ärmer werden könne, ohne das besonders zu empfinden, während eine Einkommenskürzung den besser Gestellten sehr viel empfindlicher treffe. Eine schöne Moral!

Mit Hilfe der Verbandsleitung wehrte sich der Kollege gegen die Entscheidung und beantragte bei dem zuständigen Amtsgerichte die Aufhebung des Kreis-Ausschuß-Beschlusses. Scharf rügte unser Bezirksleiter im Termin, daß von der zuständigen Behörde die Erteilung eines Armenrechtszeugnisses an unseren Kollegen verweigert wurde mit der Begründung, man befürchte Schwierigkeiten von der vorgehenden Behörde, wenn das Zeugnis zur Erlangung des Armenrechts ausgestellt würde. Der Vertreter des Wohlfahrtsamtes mußte etwas drastisch über die einschlägigen Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung belehrt werden. Der Vorsitzende des Gerichts konnte für die merkwürdige Ansicht des Kreis-Ausschusses kein Verständnis aufbringen und riet zu einem Vergleich. Dieser wurde dann auch geschlossen: Die Entscheidung wird aufgehoben und die einbehaltenen Beträge erstattet.

Unsere Kollegen mögen aus vorstehender Schilderung ersehen, daß bei Behörden auch mit zweierlei Maß gemessen wird. Notwendig ist daher, um zweierlei Maß bei der Beurteilung der Bedürftigkeit zu verhindern, eine wirkliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft auf allen Gebieten zu erreichen, die weitere Stärkung unserer Bewegung.

Reform der Fürsorge.

Der Landesausschuß der Christlichen Arbeiterhilfe der Provinz Westfalen nahm auf seiner Tagung vom 6. Januar 1933 in Dortmund Stellung zu den Aufgaben der Christlichen Arbeiterhilfe als Ständehilfe und als Bewegung und den Notwendigkeiten und Grenzen der Fürsorge.

Das erste Referat erstattete Landesgeschäftsführerin Klara Sandfort-Köln, und zu dem zweiten Thema sprach Frau Landtagsabgeordnete Helene Wessel-Dortmund.

In den beiden Vorträgen, die sich wertvoll ergänzten, wurde die Gesamtlage der Sozialpolitik und Fürsorge aufgezeigt; ebenso ihre Gefährdung durch die Massennot und Finanznot.

Als erste und wichtigste Aufgabe dieser Notzeit wurde die Arbeitsbeschaffung bezeichnet und eine Wirtschaftsgestaltung, die es ermöglicht, daß Millionen Menschen wieder selbstverdientes Brot essen können.

Darüber hinaus wurde mit großem Nachdruck gefordert:

„Eine Sanierung und Instandsetzung der Sozialversicherung derart, daß sie die Aufgaben, für die sie ursprünglich geschaffen wurde, ausreichend erfüllen kann.“

„Die Versorgung der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen muß einer Sozialbehörde obliegen, die, einfach in der Verwaltung und gerecht in ihren Leistungen, den arbeitsfähigen Menschen bewahrt vor der Inanspruchnahme der Fürsorge der Wohlfahrtsämter.“

„Das Wohlfahrtsamt muß zurückgeführt werden zu seinen ursprünglichen Aufgaben der Betreuung der armen, alten, kranken und sonstigen benachteiligten Menschen, natürlich ganz im Geiste einer sozialen, individuellen Fürsorge.“

Eine Reihe wertvoller Anregungen und gerechter Forderungen förderte die Aussprache zutage.

Auf der ganzen Tagung, die von Ernst und sittlicher Verantwortung getragen war, kam immer wieder zum Ausdruck, daß es Aufgabe eines Kulturvolkes und -staates sei, für seine Hilfsbedürftigen und ganz besonders unverschuldet Arbeitslosen menschenwürdig zu sorgen.

Die Christliche Arbeiterhilfe wird in verantwortlicher Ständehilfe die Not ihrer Kollegen zu lindern suchen und als zielbewußte Bewegung an der Reform und Gestaltung von Sozialversicherung und Fürsorge mitwirken.

Adam Schwarzmann †

Am 22. dieses Monats verstarb nach kurzer schwerer Krankheit der langjährige Vorsitzende und Mitbegründer des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes, Kollege Adam Schwarzmann im Alter von 73 Jahren. Ein halbes Menschenalter, über 28 Jahre, hat er an der Spitze seines Berufsverbandes gestanden. Als er 1928 auf der Verbandsgeneralversammlung infolge vorgerückten Alters von seinem Posten zurücktrat, ehrte ihn der

Verbandstag durch Ernennung zum Ehrenvorsitzenden. Anfang 1929 trat Schwarzmann in den wohlverdienten Ruhestand. Aber auch dann noch nahm er ehrenamtlich die Stelle eines Verbands-Hauptkassierers ein und beteiligte sich mit regem Interesse im Vorstand an den Arbeiten des Verbandes.

Kollege Schwarzmann gehörte zu den Gründern der christlichen Gewerkschaften. Er nahm schon 1899 als Delegierter einzelner örtlicher Sektionen der Schneider an dem Gründungskongress der christlichen Gewerkschaften in Mainz teil. Beim zweiten Kongress 1900 in Frankfurt fand, vornehmlich auf sein Betreiben, die Gründung des christlichen Berufsverbandes für das Schneidergewerbe statt. Schwarzmann wurde Vorsitzender des neuen Verbandes. Er ist in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bisher der erste Vorsitzende gewesen, der von der Verbandsgründung bis zum Ausscheiden infolge Alters seinen Verband leitete. Acht Generalversammlungen wählten einmütig Schwarzmann zum Verbandsführer, ein schönes Zeichen für das Vertrauen, das die Mitglieder ihm entgegenbrachten.

Der Verstorbene stammt aus kleinen Verhältnissen, und sein ganzes Leben war ein Streben nach Besserung der Lebenslage der Arbeiter-schaft. Sein Denken und Handeln war sozial und sollte sozial sein. Darum nahm er auch die Opfer, die das Eintreten für eine selbständige Arbeiterbewegung verlangte, als selbstverständlich hin. In den ersten Jahren seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mußte Schwarzmann das Los des von Arbeitgeberseite versetzten „Heizers“ spüren. Er wurde bei einer Aussperrung auf die schwarze Liste gesetzt und fand trotz aller Bemühungen keine Arbeitsstelle mehr, bis ihn dann seine Bewegung auch hauptamtlich in ihren Dienst stellte. Seine damaligen Widersacher haben zwanzig Jahre später in ihrem eigenen Organ lobend die achtunggebietende Tätigkeit des Arbeiterführers Schwarzmann anerkannt. Schwarzmann ließ sich aber auch durch böse Erfahrungen nicht beirren. Weder Sorge um Brot und Familie noch Unverstand der eigenen Standesgenossen machten ihn in seinem Verhalten wankend. Er blieb in jeder Lage seiner Auffassung treu.

Schwarzmann war nie der Mann der großen Worte. Ihm lag zähes, unbeirrbares Eintreten für eine Sache mehr als die feingeformte Rede. In seiner Art, die Dinge anzupacken, hat er wesentlich dazu beigetragen, die früher sprichwörtlich schlechten Verhältnisse im Bekleidungs-gewerbe zu verbessern. Sein Streben galt schon frühzeitig der Schaffung moderner, auf breiter Basis aufgebauter Tarifverträge. So fand auch die von ihm geführte Berufsorganisation schon bald allseits die erforderliche Achtung.

Mit Schwarzmann ist ein Führer der ersten Generation dahin gegangen. Wir, die Jüngeren, wollen sein Werk ausbauen und weitertragen im Sinne des Verstorbenen als Dienst an Arbeiterschaft und Volk. Der Name Schwarzmann bleibt in der Geschichte des christlichen Bekleidungsarbeiterverbandes, der Gesamtbewegung und im Herzen aller Mitglieder und Mitarbeiter in treuem Andenken.

Internationale Holzarbeiter-Vereinigung.

Die Internationale Holzarbeiter-Vereinigung hielt am 19. Januar 1933 in Königswinter eine Vorstandssitzung ab, die sich u. a. mit der Lage der Verbände sowie mit der Arbeitslosigkeit und der tariflichen Lohnentwicklung im Holzgewerbe befaßte, wobei sich ergab, daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1932 in allen Ländern erheblich zugenommen hat. Am größten ist die Arbeitslosigkeit im deutschen Holzgewerbe, in welchem sich die Arbeitslosenziffer nach den Angaben des Reichsstatistischen Amtes dauernd über 300 000 bewegte. Im Monat November kamen auf je 100 offene Stellen für männliche Arbeiter 14 589 Arbeitsgesuche und für weibliche Arbeiter 3004. Bei dem christlichen Verband in Holland stieg der Prozentsatz seiner arbeitslosen Mitglieder durchschnittlich von 25 % im Jahre 1931 auf 40 % im Jahre 1932. Bei dem christlichen Holzarbeiter-Verband in der Schweiz ist die Steigerung der Arbeitslosenziffer u. a. aus den Unterstützungssummen ersichtlich. Der Verband zahlte im Jahre 1932 für Arbeitslosen-Unterstützung die Summe von etwa 230 000 Franken gegen 70 000 Franken im Jahre 1931 und 30 000 Franken im Jahre 1930. Zurzeit geht in der Schweiz auch das Baugewerbe in schnellem Tempo einen rückläufigen Weg. Für das Jahr 1933 sind bis jetzt 35 % Bauanmeldungen weniger erfolgt wie zur selben Zeit im Jahre vorher.

Die tarifliche Lohnregelung im Holzgewerbe hat sich in den

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 29. Januar bis 4. Februar ist der 5. Wochenbeitrag fällig.

Die **Handwerkskunst im Holzgewerbe** erscheint im neuen Jahre zu einem ermäßigten Bezugspreis von 1,50 RM für das Vierteljahr. Bestellungen sind umgehend an die Zentrale zu richten.

andern Ländern bedeutend besser gehalten als in Deutschland, wo zurzeit überwiegend ein trauriger Zustand herrscht, der vielfach in den einzelnen Gewerben eine wilde Schleudernwirtschaft im Gefolge hat.

Das Ergebnis der Beratungen wurde in folgender, einstimmig angenommener Entschliebung zusammengefaßt:

Entschliebung:

Die gewaltige Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene ungeheure Arbeitslosigkeit, Schwächung der Kaufkraft und Vernichtung von Existenzen gibt der Internationalen Holzarbeiter-Vereinigung, deren Vertreter am 19. und 20. Januar 1933 in Königswinter sich zu einer Sitzung versammelt, Veranlassung, erneut die Forderung auf Einführung der 40-Stundenwoche zu erheben. Angesichts der technischen Fortschritte und der weitergehenden Rationalisierung ist es unausbleiblich, daß auch bei Eintritt einer besseren Wirtschaftslage Millionen Arbeiter keine Arbeitsstelle mehr finden können, wenn nicht die Arbeitszeit wesentlich verkürzt wird. Diese Verkürzung ist nicht nur wirtschaftlich tragbar, sie führt darüber hinaus zu allgemeinem Wohlstand, wenn gleichzeitig die Wirtschaftserträge gerecht verteilt und besser verwendet werden, wie das bis jetzt geschehen ist. Die Arbeiterschaft hat ein Recht darauf zu verlangen, daß ihr die technischen Fortschritte nicht zum Fluch, sondern zum Segen gereichen, und daß ihr die Wirtschaft mit ihren Erträgen im Rahmen des möglichen eine gesicherte Existenz bietet. Darauf hinzuwirken verlangt gebieterisch das Allgemeinwohl und ist nicht nur Sache der Wirtschaftskreise, sondern des ganzen Volkes, insbesondere auch der staatlichen Gesetzgebung.

Lohn- und Tariffbewegung.

Streik in der Fürthener Holzindustrie.

In Fürth war von den Holzarbeiterverbänden mit der Fürthener Schreinerinnung ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 15. Februar Geltung hat und einen Vertrags-spitzenlohn von 86 Rpf pro Stunde vorsieht. Die Möbelfabriken Wunderlich und E. Scheidig, die der Innung nicht angehören, legten vor Weihnachten ihre Betriebe still. Als nach Neujahr die Betriebe wieder eröffnet werden sollten, wurden den Arbeitern Einzelarbeitsverträge vorgelegt, die einen Spitzenlohn von 78 Rpf vorsahen, außerdem sollten die Arbeiter auf die Bestimmungen der §§ 615 und 616 des BG. verzichten. Die Arbeiter weigerten sich dieses Diktat zu unterschreiben und den Lohnabbau von 8 Rpf anzuerkennen. Verhandlungen, die zwischen den beiderseitigen Organisationen geführt wurden, um die Differenzen beizulegen, scheiterten. Daraufhin wurde über beide Betriebe die Sperre verhängt. Mit Hilfe der Stahlhelm-Selbsthilfe versuchten die Firmen Arbeitswillige zu bekommen, um die Betriebe wieder in Gang zu bringen. Es haben sich bereits einige Herausreißer gefunden. Ob die Firmen aber viel Freude an diesen Leuten haben werden, ist sehr fraglich. Qualitätsmöbel können die Firmen auf keinen Fall mit diesen Leuten herstellen.

Rundschau.

Nebenberufliche Siedlung

Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hielt kürzlich in Osnabrück einen Vortrag, in dem er besonders über neue Wege der Arbeitsbeschaffung sprach. Mit den bisherigen Arbeitsbeschaffungsprogrammen sei wohl eine Erleichterung, nicht aber eine Überwindung der Krisis möglich. Weder von einer neuen Konjunktur noch von einem Umbau der Technik sei eine Überwindung der Not zu erwarten. Durchgreifende Hilfe könne angesichts der Strukturänderungen in der Wirtschaft nur durch strukturelle Gegenmaßnahmen herbeigeführt werden. Dr. Brauns sieht in der Siedlung den einzig

möglichen Weg. Alle vernünftige Art der Siedlung müsse bejaht werden. Die Stadtrand siedlung habe sich jedoch vorwiegend als eine Wohlfahrtsmaßnahme erwiesen. Die kleinbäuerliche Siedlung könne nicht mit der notwendigen Schnelligkeit durchgeführt werden. Sie sei leider unter der Regierung von Papen fast ganz eingestellt worden. Notwendig sei, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft durch Verkürzung der Arbeitszeit die Möglichkeit schaffe für Neueinstellung von Arbeitern. In der freien Zeit sollen sie dann auf einem eigenen Stück Land einen Teil ihres Lebensunterhaltes erarbeiten. Durch diese nebenberufliche Siedlung könnten Millionen wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht werden. Zur Durchführung dieses Planes hat Dr. Brauns bereits eine besondere Gesellschaft gegründet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Kempten. Unsere Ortsgruppe erlebte einen sehr guten Verlauf ihrer diesjährigen Generalversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Albrecht, konnte eine große Anzahl Kollegen, darunter auch den Bezirksleiter Kronthaler-Rugsburg, begrüßen. Zum Auftakt sangen jung und alt das Lied: „Gewerkschaftsbrüder unentwegt und treu zum Bund gestanden...“ Es folgten die verschiedenen Protokolle, welchen sich der Jahresbericht des Vorsitzenden anreihete. Aus diesem war zu entnehmen, daß die Ortsgruppe ein arbeitsreiches, aber auch ein erfolgreiches Jahr hinter sich hat. Es war ein Jahr, in welchem sich die Geister trennten und die wirklichen, uneigennütigen Gewerkschaftler zu erkennen waren. Abschließend erstattete Kollege Jehle den Kassenbericht, welcher der Zeit entsprechend ein sehr gutes Bild zeigte. Nach den Berichten des Jugendleiters und des Kartelldelegierten erfolgte die Neuwahl. Mit vollstem Vertrauen wurde die alte Vorstanderschaft wiedergewählt.

Nun erstattete Bezirksleiter Kollege Kronthaler ein Referat, welchem kurz folgendes entnommen sei: Das vergangene Jahr war für die organisierte Arbeiterschaft ein Jahr der Not und Entbehrung, ein Jahr heißer Kämpfe. Wohl mußten wir vieles über uns ergehen lassen, besonders unter einer Regierung Papen, der Krone aller Reaktion. Man wollte durch die Abschaffung der Tarifverträge, durch Lohnkürzungen die Arbeiterschaft müde machen und die Gewerkschaften zerbrechen. Erbitterte Kämpfe entbrannten um neue Wirtschaftsformen, um neue Staatsformen. Für uns als christlich-nationale Arbeiter kommt es vor allem an auf den Geist, den sie in sich tragen. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird sich all denen entgegenstellen, die mit großen Phrasen und leeren Sprüchen die Not des Volkes lösen wollen. Wir verlangen Ruhe, Recht und Gerechtigkeit im In- und Ausland. Unser Wahlspruch sei: „Einer für alle und alle für einen! Reicher Beifall dankte für diese trefflichen Ausführungen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die glänzend verlaufene Generalversammlung, deren Abschluß das Lied: „Wir schwören nun mit Herz und Hand!“ bildete.

Villingen. Mitte Januar hielt unsere Zahlstelle Generalversammlung. Wir hatten einen guten Besuch festzustellen. Die Anwesenden kamen in jeder Hinsicht auf ihre Rechnung. Der Jahres- wie auch der Kassenbericht waren höchst interessant, zeugten von einer sehr großen ehrenamtlichen Arbeitsfreude und mustergültiger Gewissenhaftigkeit. Die schwersten Proben, die die Krise der Gewerkschaft auferlegte, sind hier bestanden worden, wenn auch, besonders in finanzieller Hinsicht, der höchste Stand nicht gehalten werden konnte. Hier im Schwarzwald ist die Holzwirtschaft ganz außerordentlich schlecht und fast 100 % unserer Kollegen arbeitslos.

Den Dank der Mitgliederschaft an die Leitung der Ortsgruppe, besonders an den Vorsitzenden Willmann und an den Kassierer Moser, erstattete Kollege Stadtrat Weißer, der auch sonst recht interessante Angaben zu machen wußte. Die Neuwahlen brachten keine wesentlichen Änderungen.

Der Bezirksleiter Baumer-Freiburg behandelte in einem hochinteressanten Vortrag alle lebenswichtigen Probleme des Jahres 1932 und baute darauf das Arbeitsprogramm unserer Bewegung für 1933 auf. Sowohl bezüglich der sozialen Gestaltung während der Regierungszeit Papens wie auch bezüglich der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung wußte der Redner so viel Wertvolles zu bieten, daß jeder Teilnehmer hochbefriedigt war und bestimmt für einen noch besseren Versammlungsbesuch in der Zukunft werden wird. Alle Illusionen, als ob irgendwelche Radauhelden uns in der Zukunft helfen könnten, wurden gründlich zerstört und recht ein-

deutig dargelegt, daß dem deutschen Arbeiter überhaupt niemand helfen kann, wenn er sich nicht durch den eigenen gewerkschaftlichen Zusammenschluß Schutz verschafft. Darum muß das Jahr 1933 wieder ein Jahr des Aufstiegs sein.

Memmingen. Wir haben schon öfter in den letzten Jahren von dem Arbeiten der christlichen Holzarbeiter in Memmingen an dieser Stelle erzählt. Es war ein harter Kampf gegen all die Erscheinungen, welche die furchtbare Krise mit sich brachte. Aber zielbewußtes, planmäßiges Schaffen zwingt den stärksten Gegner in seine Schranken.

Ein treffender Beweis war die am 6. Januar stattgefundenen Generalversammlung. Das überfüllte Lokal, die vortreffliche Unterhaltungsmusik, eine tapfere Schar aus der Jugendgruppe und der Umstand, unseren Freund und Bezirksleiter Kronthaler in unserer Mitte zu haben, war ein Zeichen für den guten Verlauf derselben. Ein im Silberschmuck strahlender Tannenbaum tat Kunde von dem freudebringenden Weihnachtsfest. Im Hinblick auf dieses Fest, und um den Kollegen und ihren Angehörigen einige fröhliche Stunden zu bereiten, fand der geschäftliche Teil eine schnelle Erledigung. Der Geschäfts- und Kassenbericht zeigte keine Krisenercheinungen, was auch nicht anders zu erwarten war. Die während des ganzen Jahres ausgestreute Saat mußte reiche Früchte tragen. Allen Mitarbeitern sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Die gesamte Vorstanderschaft erhielt für ein weiteres Jahr vollstes Vertrauen.

Bezirksleiter Kronthaler verstand es in vortrefflicher Weise in seinem Vortrag, die Weihnachtsbotschaft als ein Erbgut der Arbeiterschaft herauszustellen und so die Brücke von der Generalversammlung zur Weihnachtsfeier zu schlagen. Alle waren vereint zu einer Familie, alles war ein Herz und eine Seele. Ein treffendes Schlußwort und das nachfolgende Deutschlandlied schloß den offiziellen Teil einer erhabenden Feier, einer Feier der Gemeinschaft.

Unser Kollege Sepp Hartmann, der totjücker seinen Beruf verfehlt hat, unterhielt uns noch mit seinen gut gelungenen Vorträgen und mit seiner ebenso guten Vortragsweise noch einige Zeit, bis man Abschied nahm, mit dem Vorsatz, am 4. März ebenso tapfer zu sein und die an diesem Tag stattfindende große Versammlung ebenfalls zu besuchen. X. M.

Büchermarkt.

Der neue Bericht über die Arbeit des J.B.C.G.

Das Sekretariat des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften hat seinen Bericht über die Zeitspanne 1928/32 veröffentlicht.

In diesem etwa 600 Seiten umfassenden Werk gibt der Generalsekretär eine eingehende Übersicht über die Entwicklung und die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Selbstverständlich findet auch die wirtschaftliche und soziale Tätigkeit von Genf die notwendige Beachtung, während ebenso die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen aufmerksam verfolgt wird. Über die nationale christliche Gewerkschaftsbewegung in den angeschlossenen Ländern sowie über die fünfzehn christlichen Fachinternationalen enthält das Buch eine Fülle interessanter Angaben. Daneben umfaßt es die stenographische Niederschrift der Verhandlungen des im Juni 1932 in Antwerpen stattgefundenen internationalen Kongresses mit dem wörtlichen Text der gehaltenen Referate über die Wirtschaftskrise und über die soziale und wirtschaftliche Lage in den Kolonien. Dieser Niederschrift schließt sich ein Bericht über die Konferenz für Frauenarbeit an, die mit dem Kongreß verbunden worden war. Auch in typographischer Hinsicht ist das Buch wohl versorgt. Der Band ist in Ganzleinen ausgeführt und mit einem schönen Holzschnitt geschmückt. Trotzdem ist der Preis so niedrig wie möglich — Gld. 2,50 pro Exemplar — gehalten worden, damit dieses Werk die weiteste Verbreitung findet.

Bestellungen können an das Sekretariat des J.B.C.G. Utrecht, Drift 12, gerichtet werden.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengänge und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag.
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich ausgeliefert. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbestellung. Geldbestellungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.